

Herr Gless machte auf eine Dokumentation des Senders Phönix am 26.03.2019 um 18.00 Uhr aufmerksam:“ Teuer und verplant-Kostenfalle staatliche Bauprojekte“.

Dabei geht es um Bauprojekte im öffentlichen Dienst. Darin wird auf eine Studie Bezug genommen. Die Sendung endet mit dem Satz: „ Kostenexplosionen um lästige Dauerbaustellen wären vermeidbar, wenn die Bauverwaltung von Anfang an kompetent und transparent planen und kalkulieren würde.“

Er gab zu bedenken, dass solch eine Berichterstattung erfolgsheischend ist, Klischees bedient werden und in dieser Form nicht gemacht werden sollten, weil vieles verfälscht dargestellt wird. In dieser Dokumentation geht es um Großprojekte wie „Stuttgart 21 und ähnliche, die ein Kostenvolumen von 500 Mio EUR überschreiten.

Von dieser Größenordnung ist Sankt Augustin weit entfernt. Die öffentliche Verwaltung unterliegt anderen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen als die freie Wirtschaft; sie ist strenger normiert, was auch richtig und gut ist. Dabei geht es darum Korruption zu vermeiden, den günstigsten Bieter zu bekommen und vieles andere mehr. Die Kostenfalle besteht und die Verwaltung versucht mit den vorhandenen Kontrollmechanismen dort heraus zu kommen. Zum Beispiel hat das Gebäudemanagement Serviceleistungen zu erbringen. Andere Fachämter und die Politik melden Projekte an, die möglichst rasch umzusetzen sind und jeder Wunsch ist dringlich. Die Herausforderung ist, wie dies mit dem vorhandenen Mitarbeiterbestand erfolgen soll und in eine solide Haushaltsplanung einbezogen werden kann, wenn es schnell gehen muss. Das führt dazu, dass erste Kostenschätzungen nicht ins Detail gehen, aber auch nicht gehen können. Bei den Haushaltsberatungen werden diese Positionen gerne gesehen, die Politik kann sich aber nicht mit dieser Detailschärfe beschäftigen. Wenn diese Haushaltsmittel eingestellt werden, liegen die Begriffe Kostenschätzung oder Kostenberechnung noch weit in der Zukunft. Diese und viele andere Dinge erschweren der Verwaltung das Planen und Bauen und wenn dann während der Bauabwicklung noch Wünsche hinzukommen, die vorher nicht formuliert wurden, trägt dies nicht gerade zur Erleichterung bei. So kann es passieren, dass sich Maßnahmen teurer gestalten als ursprünglich vorgesehen. Er wollte es bei diesen Punkten belassen, obwohl er sich für seine Ausführungen noch viel mehr notiert hatte. Aber es war ihm wichtig dies einmal darzustellen. In Betrachtung der städtischen Baumaßnahmen der letzten 10 Jahre, bei denen mit konkreten Kostenschätzungen gestartet wurde und wo es letztendlich geendet hat, wird festzustellen sein, dass Sankt Augustin weit von dem entfernt ist was diese Dokumentation suggeriert, nämlich dass die Verwaltung nicht in der Lage ist verantwortungsvoll zu planen und zu bauen. Er empfahl, sich den Bericht anzuschauen, aber eher als Negativbeispiel zu betrachten. Die Mehrheit der Projekte (90%) ,die in Deutschland abgewickelt werden, sind keine Großprojekte, sondern sind solche wie in Sankt Augustin, und das läuft ziemlich gut.

Herr Piéla dankte für die persönliche Einschätzung dieser Dokumentation.

Herr Schmitz-Porten stellte klar, dass Missstände an solchen Großbauten durchaus dargestellt werden sollten. Aber er teilte die Sorge von Herrn Gleß nicht, denn dies habe mit Sankt Augustin nichts zu tun. Dafür stehen dieser Ausschuss und der Rat, die sich nach besten Kräften bemühen, die Kosten zu halten und nicht verschwenderisch mit Geld umzugehen. Wenn es bei dem einen oder anderen Projekt anders gelaufen ist, lagen stets gute und nachvollziehbare Gründe dafür vor. Die Kommunalpolitiker üben

ein Wächteramt aus und geben Steuergelder aus, aber es wird auch zur Kenntnis genommen, dass die Verwaltung am Limit arbeitet, was auch der volle PPP abbildet. Da arbeiten Rat und Verwaltung Hand in Hand und alle bemühen sich, solche Entwicklungen gar nicht erst zuzulassen.

Herr Piéla betonte nochmals die Kernaussage der Dokumentation zur Transparenz, die durch die BNB-Projekte auch gelebt wird.

Herr Weber bedankte sich für die Ausführungen, besonders die Gegenüberstellung zu privaten Baumaßnahmen, Verantwortlichkeit usw. Insbesondere die Verantwortlichkeit des Ausschusses und des Rates gegenüber dem Bürger stellte er nochmal heraus.

Ende des öffentlichen Teils 18:57 Uhr